

Eine bittere Geschichte

Weit draußen – in Oppelshausen

Alle Grundschulkinder in Altenstadt müssen und wollen in die **Janusz-Korczak gehen**.

Alle?

Wirklich alle?

Nein. Nicht alle. Vier Kinder können bald nicht mehr in ihre Schule gehen,

- obwohl

-----die Schule so schön ist

-----sie dort meist mit viel Spaß viel lernen

-----sie basteln, malen, werkeln, spielen, am Computer sitzen



und noch viel mehr

machen können -



obwohl die Lehrerinnen und Lehrer manchmal auch mit ihnen und ihren Eltern grillen



obwohl die LehrerInnen mit ihnen Tischtennis spielen



Die vier Kinder würden so gerne weiter in die Schule gehen.

Aber es wird nicht gehen. Sie werden zu Hause bleiben müssen.

Warum?

Die vier Kinder wohnen hier und um die Ecke:



Das ist ziemlich weit weg von der Schule und heißt:



das ist da, wo der Golfplatz ist.



Da fahren die Golfer mit dem Auto hin, um die Golfbälle übers große Gelände zu jagen und in Löcher zu schießen.



Und wenn sie hungrig sind, gehen sie ins Restaurant - da am Golfplatz.



Die Golfer haben Geld. Sie brauchen nicht mit dem Bus zum Golfplatz zu fahren. Da würden sie sich schämen. Deshalb gibt es in Oppelshausen am Golfplatz auch heute noch keine Bushaltestelle -

und die vier Kinder können nicht mit dem Bus zur Schule fahren.

Die Eltern der vier Kinder haben ein Auto. Das brauchen sie, um zur Arbeit zu kommen und nicht alle ihre Väter und Mütter haben einen Führerschein. Zur Arbeit müssen sie außerdem zu anderen Zeiten fahren als der Schulunterricht ist. Und arbeiten müssen sie. Sie müssen ja für ihre Kinder und sich Geld verdienen.



Wie sollen die Kinder also zur Schule gelangen?
Laufen?

Die Straße nach Altenstadt führt durch einen dunklen Wald und der Weg ist auch viel zu weit, um zu Fuß zu gehen.

Und bald nimmt sie auch die nette Mutter nicht mehr mit - wie jetzt noch, wenn sie ihre Kleinen in den Kindergarten bringt. - Was sollen die

armen Kinder nur tun?

Frau Fißeler, das ist die stellvertretende Schulleiterin der Janusz-Korczak-Schule, hat mit dem Schuldezernenten des Wetteraukreises, das ist der Herr Betschel-Pflügel, gesprochen. Sie hat ihn um Hilfe für die Oppelhäusener Kinder gebeten. Der aber wollte nichts hören. Der Kreis, sagt er, hat kein Geld, um eine Haltestelle für den Bus zu bauen. Ohne Haltestelle könne in Oppelshausen kein Bus anhalten. Das sei viel zu gefährlich.

Ein Sammeltaxi zu beauftragen, sei ja auch viel billiger, hat Frau Fißeler gemeint. Aber auch da hat der Schuldezernent nur mit dem Kopf geschüttelt: Es sei Aufgabe der Gemeinde Altenstadt, dafür zu sorgen, dass die Kinder ihre Schulpflicht erfüllen können und zur Schule transportiert werden.

Das hat er gesagt, obwohl er weiß, was im § 161 des hessischen Schulgesetzes etwas anderes steht.

Trotzdem hat sich die Lehrerin an die Gemeinde gewandt. Doch der Bürgermeister war nie da, wenn sie ihn sprechen wollte. Ihrer Bitte, sie zurückzurufen, kam er nicht nach.

Auch etliche der Oppelshäuser haben sich gekümmert. Sie haben alle Parteien informiert und um Abhilfe gebeten. Resonanz kam zuerst von der oppositionellen CDU. Sie brachte einen Antrag in das Gemeindeparlament ein. Darin forderten sie das Parlament auf, den Bürgermeister und seine Beisitzer zu beauftragen, mit dem Schuldezernenten des Landkreises Wetterau zu verhandeln und eine Lösung zu finden. Die Sozialdemokraten wollten, dass nicht nur über eine Busanbindung von Oppelshausen abgestimmt werden solle. Auch der Ortsteil Engeltal müsse mit einbezogen werden. Beide Anträge hatten Erfolg. Einstimmig beschloss das Parlament, der Bürgermeister

müsse mit dem Kreis über die Einrichtung einer Buslinie von Oppelshausen und Engeltal nach Altenstadt verhandeln.

Das war vor fast genau einem Jahr an einem grauen Novembertag.

Die Oppelshäusener hatten Hoffnung geschöpft. Sie warteten, was geschehen würde. Die Schulkinder warteten, ihre Eltern warteten.

Doch nichts geschah.

Die Kinder wurden immer trauriger. Sie konnten es sich nicht erklären. Sie wissen ja nichts von Gesetzen und Verordnungen. Sie wissen nichts darüber, wer dafür zu sorgen hat, dass sie die Schule besuchen können. Sie wollten lernen und mit ihren Freunden in der Schule spielen.

Und die Eltern?

Die Eltern wunderten und ärgerten sich. Wie war das möglich, dass auch jetzt nichts geschah? Nun gut, einige von ihnen kamen aus Rumänien. Aber konnte das der Grund dafür sein, dass man sie und ihre Kinder derart ignorierte? War es am Ende sogar Ausländerhass? Das mochten sie nicht glauben. Fakt aber war: Sie standen alleine da – da oben in der Altenstädter Pampa. Viele Worte waren gesprochen und Anteilnahme gezeigt worden. Doch in Wirklichkeit kümmerte sich niemand um sie und, das vor allem, niemand kümmerte sich praktisch um eine Lösung für ihre Probleme.

Das änderte sich erst kürzlich, als eine der Familien endlich eine Wohnung in einem anderen Stadtteil Altenstadts gefunden hatte und schon umgezogen war. Doch hatte ihre Wohnung in Oppelshausen eine andere deutsch-rumänische Familie mit ebenfalls zwei Kindern bezogen. Aber wie auch immer: Irgendwer erzählte den betroffenen Eltern, dass in der Wetterauer Zeitung ein Artikel über ihre Probleme mit dem Transport ihrer Kinder zu lesen war.

Sie waren es nicht gewesen, die der Regionalzeitung von ihrer Not berichtet hatten. Und von diesem "Altenstädter Freundeskreis für Flüchtlinge", der sich plötzlich so für sie einsetzte, hatten sie auch noch nie jemanden gesehen oder gehört.

Kein Wunder also, dass der Artikel Fehler enthielt. Da wurde z.B. behauptet, in Oppelshausen wohnten bulgarische Familien. Sie sprächen kein Wort deutsch, besäßen kein Auto und müssten schwer für wenig Geld arbeiten. Stimmt alles nicht, aber – ihre tatsächliche Not, die war richtig beschrieben. Immerhin. Damit konnten sie etwas anfangen.

Auch der Altenstädter Bürgermeister und der Pressesprecher des Wetteraukreises waren in dem Artikel zu Wort gekommen – doch die Oppelshäuser Eltern trauten ihren Ohren und Augen nicht:

So hatte etwa Bürgermeister Syguda falsch behauptet, von den Oppelshäuser Problemen nichts, aber auch gar nichts zu wissen. Das sei ihm alles ganz neu.

Ganz neu? Die Eltern und ihre HelferInnen konnten es nicht fassen:

Hatten sie sich nicht schon im März 2012 mit ihm persönlich im Rathaus in Altenstadt getroffen und Möglichkeiten durchgesprochen, das Problem zu lösen?

Hatten sie ihm nicht berichtet, dass es von 1962 bis 2002 bereits einen kleinen Schulbus gegeben hatte, mit dem die Oppelshäuser Kinder damals – darunter die heutige Lehrerin der Limes Schule, Frau Lederer - während ihrer ganzen Schulzeit zur Schule fahren konnten, das Problem also schon mal erfolgreich gelöst worden war?

Hatten sie ihm nicht ausführlich erklärt, dass die Mutter von zweien der Schulkinder keinen Führerschein hat und den Transport der Kinder in Zukunft auch deshalb nicht übernehmen kann?

Hatten sie ihm nicht geschildert, dass der fehlende Transport nicht nur die Schulkinder und deren Eltern betrifft, sondern auch die Beschäftigten und Auszubildenden des Golfrestaurants und der Pension mit Pferdehof am unteren Ende von Oppelshausen?

War der Bürgermeister schwerhörig und konnte nur Schriftliches wahrnehmen? Aber das konnte auch nicht stimmen, denn der Auftrag des Altenstädter Parlaments, er solle über die Busanbindung Verhandlungen mit dem Wetteraukreis aufnehmen, lag ihm schriftlich vor. Sogar eine Liste mit unterstützenden Unterschriften Oppelshäuser BürgerInnen hatten sie ihm überreicht. Wie also war das möglich?

Nicht viel besser fanden die Statement des Pressesprechers des sollten, lasen sie da, einen Antrag bei ist die Verkehrsgesellschaft Oberhessen. Transport der Kinder und Jugendlichen jeweiligen Schulen.

Einen Antrag stellen? Das durfte nicht Wetteraukreis behaupten, sie müssten und schon regeln sich die Angelegenheit es nicht vielmehr so, dass die Mutter, die Wege der Nachbarschaftshilfe gefahren



Oppelshäuser Eltern das Wetteraukreises. Sie der VGO stellen. Die VGO Sie ist zuständig für den in der Wetterau zu ihren

wahr sein. Wie konnte der nur einen Antrag stellen ganz wie von selbst? War die Schulkinder bisher im hat und noch fährt, vom

Wetteraukreis (Das Foto zeigt Landrat Arnold im Gespräch mit der Presse) für das Älteste der Kinder pro gefahrenem Kilometer eine Unkostenpauschale von 35 Cent und 2 Cent für jedes der weiteren von ihr gefahrenen Kinder lächerliche 2 Cent "Mitnahmeentschädigung" erhielt? Wie also

konnte der Pressesprecher des Landrates Arnold von einem "Antrag" schwafeln?

Und, was war überhaupt mit dem Auftrag des Gemeindeparlaments an den Bürgermeister und seine Beisitzer geschehen, mit dem Wetteraukreis zu verhandeln und für eine Lösung zu sorgen? Wer hätte kontrollieren müssen, dass der Bürgermeister dem Willen des Parlaments folgt?

Der "Altenstädter Freundeskreis", mit dem sie mittlerweile Kontakt aufgenommen hatten, gab ihnen einen Rat. Sie begannen, in der Hessischen Gemeindeordnung zu blättern – und wurden fündig. Darin ist bestimmt, dass ein Bürgermeister die Aufträge des Gemeindeparlaments zu erfüllen hat. Tut er das nicht, können sich die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde beim zuständigen Landrat beschweren und so etwas wie eine Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen. Tut auch der Landrat nichts oder nichts Angemessenes, können sie das Regierungspräsidium einschalten. Dort können sie darauf dringen, Bürgermeister und Landrat zu angemessener Rechtstreue zu zwingen. Dann muss der Landrat seine Dienstaufsicht angemessen erfüllen und der Bürgermeister dem Parlament gehorchen. Weigert er sich aber auch dann noch, kann er seinen Posten als Bürgermeister verlieren – zumal dann, wenn er wiederholt darauf gepfiffen hat, was ihm das Gemeindeparlament aufgetragen hat.

Gegen den Altenstädter Bürgermeister Norbert Syguda liegt schon eine Dienstaufsichtsbeschwerde bei Landrat Arnold vor. Doch der Landrat hat sie bis heute nicht geprüft, jedenfalls nicht in der erforderlichen Weise.

Der Fall dürfte deshalb bald auf dem Tisch des Regierungspräsidenten in Darmstadt landen – und möglicherweise der zweite, der Oppelshäusener Fall, dazu, falls Landrat Arnold sich auch mit diesem nicht befassen wollen sollte, jedenfalls nicht in der nach den Regeln der guten Verwaltungspraxis erforderlichen Art und Weise.

Ach ja, schlussendlich sei daran erinnert:

Im Januar 2014 sind Landratswahlen in der Wetterau.

Wir sind sehr gespannt, wie es weitergeht – mit den abgehängten Oppelshäusern Schülern und deren Eltern und helfenden Nachbarinnen.

Angela Vogel